

Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung

Kirchhoff, Gudrun

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kirchhoff, G. (2021). Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In L. Porsche, M. Sondermann, & A. Steinführer (Hrsg.), *Kompendium Kleinstadtforschung* (S. 275-300). Hannover: Verlag der ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-1034153>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Kirchhoff, Gudrun:

Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-1034153>

In:

Steinführer, Annett; Porsche, Lars; Sondermann, Martin (Hrsg.) (2021):
Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300.

= Forschungsberichte der ARL 16.

URN : <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-10341>



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/International>

Gudrun Kirchhoff

SOZIALRÄUMLICHER UND SOZIALER WANDEL DURCH ZUWANDERUNG

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Zuwanderung in Kleinstädten
 - 3 Zuwanderung und Integration in ausgewählten Kommunen
 - 3.1 Strukturmerkmale
 - 3.2 Struktur der zugewanderten Bevölkerung
 - 3.3 Sozialräumliche Verortung der Zuwanderergruppen
 - 4 Blick auf Zuwanderung und das Zusammenleben
 - 5 Fazit
 - 6 Weitergehender Forschungsbedarf
- Literatur

Kurzfassung

Zuwanderung und eine Diversifizierung der städtischen Gesellschaft sind ebenso Kennzeichen von Kleinstädten wie von Mittel- und Großstädten. 2017 hatten knapp 20 Millionen Menschen (24 %) in Deutschland einen Migrationshintergrund, bei den Kleinstädten bis 20.000 Einwohnern lag ihr Anteil bei 18%.

Der vorliegende Aufsatz basiert maßgeblich auf Ergebnissen des Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Betrachtet wird eine Kleinstadt (Michelstadt) und drei kleinere Mittelstädte (Germersheim, Mühlacker und Zittau), die sich im Rahmen des Projektes an einer Auswertung der Einwohnermelderegister zu den sozialstrukturellen Merkmalen und zur sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung beteiligten.

Die Kommunen haben aufgrund ihrer industriell geprägten Wirtschaftsstruktur einen vergleichsweise hohen Anteil zugewanderter Bevölkerung, wobei sich west- und ostdeutsche Städte hinsichtlich Anteil und Herkunft der Zuwanderergruppen unterscheiden. Es sind Konzentrationen von Zugewanderten vor allem in der Innenstadt feststellbar, doch homogene ethnische Viertel sind nicht vorzufinden.

Die Fluchtzuwanderung in den letzten Jahren hat den Blick auf Migration und Integration in den Städten verstärkt, in einigen war sie Auslöser für den Erstaufbau von Strukturen kommunaler Integrationspolitik.

Auch wenn das Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Bevölkerung weitgehend konfliktfrei verläuft, wird es eher als ein Neben- denn als ein Miteinander wahrgenommen. In allen Städten ist die mangelnde Beteiligung der Zugewanderten an

der Gestaltung des Gemeinwesens und der lokalen Politik als Thema virulent. Die Förderung von Begegnung und Dialog wird als ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Integration und der Teilhabechancen der zugewanderten Bevölkerung erachtet.

Schlüsselwörter

Zuwanderung – Vielfalt – sozialräumliche Integration – gesellschaftliche Teilhabe – kommunale Integrationspolitik

Social-spatial and social change due to immigration

Abstract

Immigration and the diversification of urban society are as characteristic of small towns as they are of medium-sized towns and cities. In 2017 almost 20 million people (24%) in Germany had migration backgrounds, in small towns with up to 20,000 inhabitants they accounted for 18% of the population.

This article is primarily based on the results of the project ‘Diversity in the centres of small and medium-sized towns – social-spatial integration, urban identity and societal participation’ (*Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe*) by the German Institute of Urban Affairs (*Deutsches Institut für Urbanistik, Difu*). The project examined one small town (Michelstadt) and three relatively small medium-sized towns (Germersheim, Mühlacker and Zittau). The registers of residents in these towns were evaluated in terms of the socio-structural characteristics and socio-spatial distribution of the immigrant population.

Due to their industrial economic structure the municipalities have a comparatively high proportion of immigrant residents, although the West and East German towns differ in terms of the proportion and origin of migrant groups. Immigrants are particularly concentrated in the town centres although no homogenous ethnic neighbourhoods were found.

The refugee migration of recent years has drawn attention to migration and integration in the towns, in some cases it triggered the hitherto neglected development of structures of municipal integration policy.

Even though the immigrant and local populations largely coexist peacefully this is perceived as living alongside one another rather than with one another. In all the towns the lack of participation by immigrants in shaping municipal life and local politics is a virulent topic. Promoting contact and dialogue is thus seen as a central issue towards improving integration and opportunities for the participation of the immigrant population.

Keywords

Immigration – diversity – socio-spatial integration – societal participation – municipal integration policy

1 Einleitung

Zuwanderung und eine Diversifizierung der städtischen Gesellschaft sind ebenso Kennzeichen von Kleinstädten wie von Mittel- und Großstädten. Dass im Zentrum des Forschungsgegenstands Migration und Integration als Raumbezug zumeist die großstädtischen Agglomerationen stehen, hängt maßgeblich mit der Größenordnung der Zuwanderung und den damit verstärkt wahrgenommenen sozialen Konflikten zusammen. Hinzu kommen sozialräumliche Segregationsprozesse und Polarisierungstendenzen, die vor allem in den Großstädten beobachtet werden, sowie die Rolle des Sozialraums für Integrationsprozesse. Beides wurde in vielfältigen Forschungsprojekten untersucht (vgl. GdW 1998; Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2007; BMVBS 2010). Auf die Bedeutung von Zuwanderung für kleinere Städte, vor allem in ländlichen Regionen, und die damit zusammenhängenden Herausforderungen der Integration der zugewanderten Bevölkerung sind bisher nur vereinzelt Studien eingegangen. So weist Boos-Krüger (2005) in ihrer Expertise darauf hin, dass die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch den demographischen Wandel und Migrationsbewegungen Kommunen aller Größenordnungen betreffen (ebd.: 409). Sie hat anhand von drei kleinstädtischen Fallbeispielen in Hessen die Zuwanderungsverläufe und die sozialräumliche Integration der Zugewanderten untersucht und Unterschiede in der Wahrnehmung und Adaption von Zuwanderung in der städtischen Gesellschaft herausgearbeitet. Als wesentliche Merkmale von kleinen Kommunen sieht sie für Integrationsprozesse die „Überschaubarkeit, Intimität (statt Anonymität), Nachbarschaft und soziale Kontrolle“ (ebd.: 431). Bezogen auf die sozialräumliche Integration treffen Zugewanderte „anders als in der Großstadt, auf eine engere sozial-kulturelle Auseinandersetzung und Resonanz in der Mehrheitsbevölkerung, weil diese sich – sozialräumlich betrachtet – nicht isoliert in abgespaltenen Stadträumen abspielt, sondern in der Gesamtstadt mit einer insgesamt ausgewogenen durchmischten Bevölkerung“ (ebd.: 432). Das Forschungsprojekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ der Schader-Stiftung (2011) hat demgegenüber festgestellt, dass sich auch in kleineren Städten in ländlichen Räumen räumliche Konzentrationen von Migranten/Migrantinnen in bestimmten Wohnquartieren beobachten lassen. Ursachen für Konzentrationsphänomene in ländlichen Räumen Westdeutschlands sind der Zuzug von (meist türkeistämmigen) Zuwanderern/Zuwanderinnen in die Innenstadtbereiche, der Erwerb oder Bau von Eigenheimen (meist durch Spätaussiedler/-aussiedlerinnen) in den Eigenheimsiedlungsgebieten der Kleinstädte und der Zuzug in meist am Stadtrand entstandene Nachkriegssiedlungen. In den ostdeutschen Klein- und Mittelstädten konzentrieren sich Zugewanderte vor allem in den industriellen Wohnkomplexen der 1970er und 1980er Jahre, die nach der Wende ihre Wirkkraft als nachgefragte Wohnadressen verloren haben und vielerorts durch hohe Leerstände gekennzeichnet sind (Difu 2016). Die Studie der Schader-Stiftung (2011) hebt als wesentliche Erkenntnis hervor, dass es keine einheitlichen Integrationsbedingungen in ländlichen Räumen gibt. „Die Kommunen des ländlichen Raums sind von einer großen Vielfalt und Heterogenität gekennzeichnet, was ihre Größe, Lage, Stellung im politischen Gefüge betrifft. Sie unterscheiden sich zusätzlich stark in ihrer ökonomischen und demografischen Struktur, dem lokalen Arbeitsplatzpotenzial sowie der lokalen Migrations- und Integrationsgeschichte“ (ebd.: 19).

Das Zuwanderungsgeschehen in ländlichen Räumen wurde erst in den letzten Jahren im Kontext der Fluchtzuwanderung verstärkt als Forschungsthema aufgenommen. Im Hintergrund stand dabei die Frage, inwieweit die ländlichen Regionen Entlastungspotenzial für die stark von Fluchtzuwanderung betroffenen städtischen Regionen bieten können und welche Integrationsressourcen und -fähigkeiten vorhanden sind (empirica 2015; Thünen-Institut für Ländliche Räume 2018; Robert Bosch Stiftung o. J.; BAMF 2020). Die neueren Studien und Forschungsprojekte fokussieren als Untersuchungsebene zumeist die Landkreise und weniger die Klein- und Mittelstädte. Dieses Vorgehen mag darin begründet sein, dass statistische Daten zur demographischen und sozioökonomischen Entwicklung meist nur bis auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zur Verfügung stehen (vgl. Leibert 2021) und wesentliche Integrationsinstitutionen auf der Ebene der Landkreise angesiedelt sind.

Der vorliegende Aufsatz basiert maßgeblich auf Ergebnissen des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“, welches das Deutsche Institut für Urbanistik von 2015 bis 2018 durchgeführt hat (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a). An dem Projekt waren neun Klein- und Mittelstädte aus ländlich geprägten Regionen als Praxispartner beteiligt.

Die Ausführungen stützen sich auf eine Sonderauswertung der kommunalen Einwohnermelderegister¹ zu den sozialstrukturellen Merkmalen und der sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung (Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; Landua/Kirchhoff 2018). Daran beteiligten sich sechs der neun Städte, und es fanden Gespräche (Einzel- und Gruppeninterviews sowie thematische Workshops) vor Ort statt. Die Befunde werden ergänzt durch die Ergebnisse einer Difu-Kommunalbefragung (Kirchhoff/Landua/Reimann 2019)², Auswertungen der amtlichen Statistik und Angaben aus öffentlich zugänglichen Quellen der Regionalplanung.

Betrachtet werden hier nur die vier kleineren Projektstädte Germersheim (Rheinland-Pfalz), Michelstadt (Hessen), Mühlacker (Baden-Württemberg) und Zittau (Sachsen), die sich an der Sonderauswertung beteiligten. Zwar ist nur Michelstadt mit seiner Einwohnerzahl (Tab. 1) im engeren raumplanerischen Sinne eine Kleinstadt,

1 Da von allen beteiligten Kommunen fehlendes Grundlagenwissen über die zugewanderte Bevölkerung hervorgehoben wurde, ermöglichte das Difu im Rahmen des Projektes die Untersuchung der sozialstrukturellen Merkmale und der sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung durch die Auswertung der jeweiligen Einwohnermelderegister durch einen externen Dienstleister. Kleinstädte haben keine eigenen Statistikabteilungen, die ihnen zumindest die Auswertung der von ihnen geführten Einwohnermelderegister ermöglicht. In der Regel fehlen auch die Ressourcen, um eigene Studien zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung durchzuführen (vgl. auch Milbert/Fina 2021). Das Difu führte mit Einverständnis der Kommunen eine Querauswertung der ermittelten Daten durch (Landua/Kirchhoff 2018).

2 Die Befragung erfolgte im Rahmen des Projektes „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“, das das Difu gemeinsam mit der Universität Stuttgart, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Institut Wohnen und Entwerfen, FG Architektur- und Wohnsoziologie, und mit Förderung durch das BMBF in der Fördermaßnahme „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ (2017 bis 2020) durchführte.

doch weisen die drei anderen betrachteten Städte ebenfalls kleinstädtische Strukturen auf, auch wenn sie von der Größe her etwas über 20.000 Einwohnern/Einwohnerinnen liegen. Im Zusammenhang damit, dass hier kleinräumige Bevölkerungsstrukturdaten für kleinere Städte zur Verfügung stehen, lassen sich diese vier Städte als Untersuchungssample im Sinne der Kleinstadtforschung rechtfertigen.

Der Aufsatz thematisiert die Bedeutung von Zuwanderung für Kleinstädte, vergleicht die Struktur der Zuwanderergruppen, betrachtet sozialräumliche Konzentrations- bzw. Segregationsprozesse und fragt nach den Folgen für das Zusammenleben in den Kleinstädten.

2 Zuwanderung in Kleinstädten

Laut den Ergebnissen des Mikrozensus 2017 haben knapp 20 Millionen Menschen (24%) in Deutschland einen Migrationshintergrund, davon verfügt annähernd die Hälfte weiterhin über eine ausländische Staatsangehörigkeit (12%). Betrachtet man die Gruppe der Kleinstädte in der Größenordnung von 5.000 bis 20.000 Einwohnern, dann verfügen 18% über einen Migrationshintergrund und knapp 10% haben weiterhin einen ausländischen Pass. Der Anteil der Zugewanderten steigt treppenartig mit der Stadtgröße und erreicht bei den Großstädten über 30%. Die Daten belegen, dass erst ab einer bestimmten Gemeindegröße Zuwanderung für die Sozialstruktur der Gemeinden eine wahrnehmbare Rolle spielt. So hat nur jede/jeder Zehnte in den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern einen Migrationshintergrund. Hier muss zwischen ostdeutschen und westdeutschen Kommunen unterschieden werden, denn im Durchschnitt liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 in Ostdeutschland bei knapp 7% und in Westdeutschland bei etwas mehr als 26%, er ist für kleine Kommunen daher wesentlich geringer einzuschätzen (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018).

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf die verschiedenen Stadtgrößen. Zugewanderte leben demnach mehrheitlich in den Städten ab 20.000 Einwohnern, davon der überwiegende Teil in Großstädten (43,6%). Von den Personen ohne Migrationshintergrund lebt nur etwas mehr als jede vierte in der Großstadt (28,4%), und annähernd die Hälfte wohnt in Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern. Zuwanderung ist demnach ein eher städtisches Phänomen. Auch wenn die veröffentlichten Daten aus dem Mikrozensus dazu keine eindeutige Antwort geben, ist in der Kombination der Zuwanderungszahlen nach Stadtgröße und regionaler Struktur (ländlich/städtisch) davon auszugehen, dass Zuwanderung in ländlichen Regionen vornehmlich in die kleinen und mittleren Städte erfolgt und weniger in Landgemeinden. Denn sie bieten mit Infrastruktur, Wohnungs- und Arbeitsmarkt die Rahmenbedingungen für die Aufnahme und Integration von Zugewanderten.

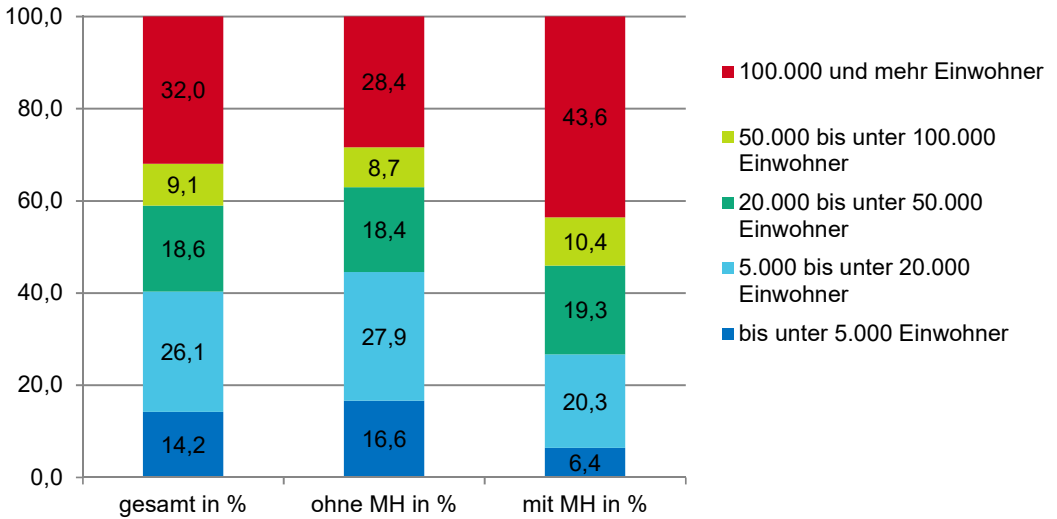


Abb. 1: Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (MH) nach Gemeindegrößenklassen. Ergebnisse des Mikrozensus 2017 (in %) / Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018)

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Ausländer/innen klassifiziert nach Gruppen und Stadttypen, wobei die Kleinstädte gemäß den Raumordnungskategorien des BBSR nach ihrer Lage in ländlichen und städtischen Regionen unterschieden wurden. Grundlage sind die Ergebnisse der Difu-Kommunalbefragung (Kirchhoff/Landua/Reimann 2019 sowie Fußnote 2). Erwartungsgemäß sind die ländlichen Kleinstädte mehrheitlich in den unteren Kategorien mit einem Anteil ausländischer Bevölkerung von bis zu 10% zu finden, wobei die Kategorie unter 5% mit 40% den höchsten Wert aufweist. Kleinstädte in eher städtischen Räumen haben demgegenüber den höchsten Wert (42%) in der Kategorie von 5 bis 10% Ausländer/innen-Anteil, doch verfügen immerhin 41% über einen Ausländer/innen-Anteil von 10% und mehr. Es ist auch hervorzuheben, dass insgesamt 9% der befragten Kleinstädte (absolut 33) einen Ausländer/innen-Anteil von 15% und mehr haben und damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Bei näherer Betrachtung handelt es sich dabei z. B. um Kleinstädte in den Metropolregionen Frankfurt/Main und Stuttgart sowie in den Grenzräumen zur Schweiz und Österreich oder um Städte mit Gemeinschaftsunterkünften bzw. Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete. Hohe Zuwanderungszahlen in Kleinstädten sind demnach vor allem durch ihre Lage im Raum oder eine besondere Funktion begründet.

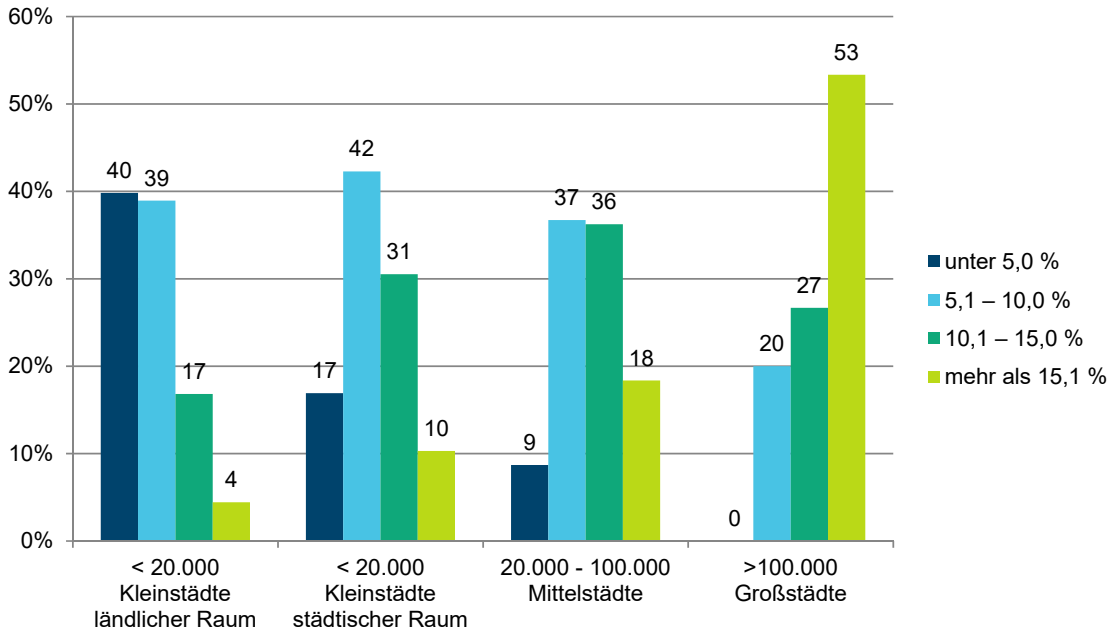


Abb. 2: Ausländeranteil (klassiert)³ in den Kommunen nach Gemeindegrößenklassen in % / Quelle: Difu-Kommunalbefragung, Abfrage⁴ der Statistischen Landesämter ohne Mecklenburg-Vorpommern 2018, Stichtag 31.12.2017, N = 622; Laufende Raumbearbeitung des BBSR

3 Zuwanderung und Integration in ausgewählten Kommunen

Das Zuwanderungsgeschehen in den Kommunen hängt von deren Rahmenbedingungen ab. Dazu zählen beispielsweise die Lage im Raum, Siedlungsdichte, Größe, Wirtschaftskraft, Funktion, historische Entwicklung und Tradition des Ortes. Entscheidend für die Situation der Zugewanderten und die Ausprägung integrationspolitischer Strukturen ist der Anteil von Migranten/Migrantinnen an der Bevölkerung und damit ihre Bedeutung für die Städte. Je größer diese Gruppe, desto mehr wird sie von der kommunalen Politik beachtet und kann der Aufbau von Integrationsstrukturen politisch legitimiert werden. Mit wachsender Zahl der Zugewanderten erhöhen sich zudem die Möglichkeiten der Selbstorganisation und damit auch die Wahrnehmung politischer Repräsentanz.

Im folgenden Abschnitt werden die Strukturmerkmale der ausgewählten Kommunen, das Zuwanderungsgeschehen, die Struktur der Zuwanderergruppen und ihre sozialräumliche Verortung vergleichend dargestellt.

3 Lesebeispiel: In 40 % der Kleinstädte im ländlichen Raum liegt der Ausländer/innen-Anteil unter 5 %.

4 Da die Angaben der Kommunen in der Difu-Kommunalbefragung zum Anteil der ausländischen Bevölkerung nicht verwertbar waren, wurde eine Abfrage der Statistischen Landesämter für die an der Befragung teilnehmenden Kommunen durchgeführt. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern stellten alle Statistischen Landesämter die Angaben zur ausländischen Bevölkerung zur Verfügung. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund konnte auf kommunaler Ebene nicht durch die Landesämter ausgewiesen werden.

3.1 Strukturmerkmale

Strukturdaten und Rahmenbedingungen der vier betrachteten Kleinstädte – Germersheim (Rheinland-Pfalz), Michelstadt (Hessen), Mühlacker (Baden-Württemberg) und Zittau (Sachsen) – sind in ihrer Ausformung heterogen, doch ist eine gewisse Polarisierung erkennbar. Die drei westdeutschen Kleinstädte zählen wirtschaftlich und demographisch zu den eher stabilen Gemeinden, während Zittau als ostdeutsche Vergleichskommune als strukturschwach und stark schrumpfend einzuordnen ist. Ausgangslage und Attraktivität für Zuwanderer/Zuwanderinnen sind also höchst unterschiedlich (Tab. 1).

Stadt und Landkreis (LK)	Einwohner (Stadt und Landkreis)	Relative Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2016 in %	Projizierte relative Bevölkerungsentwicklung bis 2030 in %	Stadt- und Gemeindetyp nach BBSR, Funktionszuweisung	Raumtyp, Besiedlung und Lage	Siedlungsstruktureller Kreistyp (nach BBSR)
Germersheim*	21.317	3,9	-2,0	kleinere Mittelstadt	überwiegend städtisch; zentral	städtischer Kreis
LK Germersheim**	127.303	3,1	-0,9	Mittelzentrum Kreisstadt		
Michelstadt*	16.567	-1,6	-1,7	größere Kleinstadt	teilweise städtisch; zentral	städtischer Kreis
Odenwaldkreis**	97.000	-0,3	-3,1	Mittelzentrum Kreisangehörige Stadt		
Mühlacker*	26.243	4,4	-3,5	kleinere Mittelstadt	überwiegend städtisch; sehr zentral	städtischer Kreis
Enzkreis**	196.066	3,0	-1,3	Mittelzentrum Große Kreisstadt		
Zittau*	26.034	-3,1	-18,2	Mittelstadt	teilweise städtisch; peripher	dünn besiedelter ländlicher Kreis
LK Görlitz**	260.000	-3,5	-16,1	Mittelzentrum Große Kreisstadt		

*Gebietsstand 31.12.2016, **Gebietsstand 31.12.2015

Tab. 1: Raum- und siedlungsstrukturelle Merkmale der Projektkommunen / Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Bertelsmann Stiftung o.J.

Michelstadt gilt nach der Stadt- und Gemeindetypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit etwas mehr als 16.000 Einwohnern als „größere Kleinstadt“ und ist die kleinste der Projektkommunen. Die drei weiteren Städte sind nach ihrer Größe den Mittelstädten zuzuordnen, wobei sie mit 20.000 bis 30.000 Einwohnern als „kleinere Mittelstädte“ gelten. Alle Kommunen haben die Funktion eines Mittelzentrums und übernehmen wichtige Leistungen der Infrastrukturversorgung für den umgebenden Raum.

Der Raumtyp (Laufende Raumb Beobachtung des BBSR, Raumtypen 2010; BBSR o. J.) variiert zwischen teilweise städtisch bis überwiegend städtisch. Die Lage von Zittau in der sächsischen Grenzregion zu Tschechien und Polen gilt als peripher, während die Lage der anderen Städte als zentral eingestuft wird. Germersheim ist als einzige Stadt gleichzeitig Sitz der Landkreisverwaltung. Mühlacker und Zittau haben den Sonderstatus einer „Großen Kreisstadt“. Dies bezeichnet kreisangehörige Städte, die nicht gleichzeitig Kreisstadt sind, aber aufgrund ihrer Größe und Verwaltungskraft einige Funktionen des Landkreises übernehmen können.

Die demographische Entwicklung weist laut „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung für Germersheim, Michelstadt und Mühlacker eine eher stabile Entwicklung auf, während weitere hohe Bevölkerungsverluste für Zittau vorhergesagt werden.

3.2 Struktur der zugewanderten Bevölkerung

Ziel der Kommunen im oben genannten Difu-Projekt war es, mit den Ergebnissen der Sonderauswertung die kommunale Integrationspolitik zu fundieren und die soziale Infrastrukturplanung anzupassen. Aus wissenschaftlicher Perspektive konnte mit der Auswertung überprüft werden, ob auch in Klein- und Mittelstädten Segregationstendenzen erkennbar sind, ob diese sich auf bestimmte städtische Teilräume konzentrieren, wie z. B. die Innenstadt, und ob sie sich nach Herkunftgruppen unterscheiden.

Die hier näher betrachteten vier Städte bilden nicht die Bandbreite der Kleinstädte in Deutschland ab, weshalb die Ergebnisse nur einen explorativen Charakter haben. Die Projektkulisse zielte auf Kleinstädte mit vergleichsweise hohen Anteilen an Zugewanderten und eine beobachtbare Konzentration in den innerstädtischen Zentren. Zwischen den einzelnen Städten bestehen bezüglich den Anteilen und der Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erhebliche Unterschiede (Tab. 2).

Der mit Abstand höchste Anteil an Migranten/Migrantinnen findet sich mit 58% in Germersheim (bundesweiter Durchschnitt 23,6%). Der überdurchschnittlich hohe Anteil erklärt sich zum einen durch die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur (Binnenhafen, Logistikstandort). Zum anderen ist Germersheim Universitätsstandort für Translationswissenschaften mit vielen ausländischen Studierenden. Ein ebenfalls vergleichsweise hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ist in Mühlacker festzustellen (36,5%). Michelstadt liegt mit einem Anteil von 30% immer noch weit über dem Durchschnitt von Gemeinden vergleichbarer Größe (5.000 bis 20.000 Einwohner = 18%, vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018). Für alle drei westdeutschen Städte erklärt die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur den hohen Anteil an

		Art des Migrationshintergrunds (MH)*						
		zugewanderte Ausländer	Ausländer, die nicht selbst zugewandert sind	zugewanderte Deutsche	Deutsche mit MH, die nicht selbst zugewandert sind	Personen mit MH insgesamt	Personen ohne MH	Gesamt
Germersheim	Anzahl	6.779	3.041	1.651	912	12.383	8.934	21.317
Anteil an Gesamt	in %	31,8	14,3	7,7	4,3	58,1	41,9	100,0
Michelstadt	Anzahl	2.307	1.060	912	687	4.966	11.601	16.567
Anteil an Gesamt	in %	13,9	6,4	5,5	4,1	30,0	70,0	100,0
Mühlacker	Anzahl	4.934	2.822	1.081	750	9.587	16.656	26.243
Anteil an Gesamt	in %	18,8	10,8	4,1	2,9	36,5	63,5	100,0
Zittau	Anzahl	1.460	287	151	70	1.968	24.066	26.034
Anteil an Gesamt	in %	5,6	1,1	0,6	0,3	7,6	92,4	100,0

* Für die Auswertung wurde der Migrationsstatus zusätzlich untergliedert in zugewanderte Personen, die weiterhin Ausländer/innen sind, in Ausländer/innen, die nicht selbst zugewandert sind, in Deutsche, die zugewandert sind (d.h. im Ausland geboren wurden und heute über einen deutschen Pass verfügen), und in Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht selbst zugewandert sind. / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Tab. 2: Bevölkerung nach Art des Migrationshintergrunds in ausgewählten Kleinstädten (Stand 31.12.2016)

Zugewanderten. Ihre Migrationshistorie führte wie in den Großstädten in Wellen über die Zuwanderung von Gastarbeitern/-arbeiterinnen seit den 1950er Jahren, die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern/Aussiedlerinnen zu Beginn der 1990er Jahre, eine verstärkte Zuwanderung aus Südosteuropa nach der letzten EU-Erweiterungsrunde bis zu der hohen Fluchtzuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016, wobei die Fluchtzuwanderung für die Städte im Verhältnis der Gesamtmigration eine weniger tragende Rolle spielt.

Wesentlich geringer fällt der Anteil der Zugewanderten hingegen erwartungsgemäß im sächsischen Zittau (7,6%) aus. Der Zuzug von Migranten/Migrantinnen erfolgt in ostdeutschen Kommunen in hohem Maße aufgrund der gesetzlich geregelten Zuweisung von Aussiedlern/Aussiedlerinnen, jüdischen Kontingentflüchtlings und Asylbewerbern/-bewerberinnen. Es handelt sich eher selten um eine freiwillige Ansiedlung. Dass der Anteil Zugewanderter in Zittau leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt von 6,8% liegt, hängt vor allem mit der Lage der Stadt im Grenzraum zu Polen und Tschechien zusammen, wodurch die Stadt über die Zuweisungen hinaus – bisher noch in geringem Umfang – eine gewisse Zuwanderung aus den Nachbarländern generieren kann.

In den vier betrachteten Städten stellen „zugewanderte Ausländer“ die größte Gruppe unter den Migranten/Migrantinnen (Tab. 3). Die zweitgrößte Teilgruppe bilden „Ausländer, die nicht selbst zugewandert sind“, in der Regel die Nachkommen der Gastarbeitergeneration, die weiterhin über einen ausländischen Pass verfügen. Im Vergleich geringer vertreten sind „zugewanderte Deutsche“ sowie „Deutsche mit Migrationshintergrund“, die nicht selbst zugewandert sind. Dabei handelt es sich zum einen um eingebürgerte Zuwanderer/Zuwanderinnen aus dem Ausland und ihre Nachkommen, zum anderen um die große Gruppe der (Spät-)Aussiedler/innen.⁵ Hierbei ist methodisch anzumerken, dass Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit der Gruppe der „Ausländer“ zugeordnet wurden und sich so deren hoher Anteil erklärt. Dazu zählen häufig auch die (Spät-)Aussiedler/innen, die in den westdeutschen Projektkommunen nach den Menschen aus der Türkei die größte Gruppe bilden. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass (Spät-)Aussiedler/innen aus Russland sich zunehmend auf ihre russischen Wurzeln besinnen und wieder die russische Staatsangehörigkeit annehmen, wie aus einzelnen Gesprächen in den Projektkommunen zu erfahren war.

Heterogenität der Zuwanderungsgruppen

Für die Projektkommunen wurde der Migrationshintergrund auch nach wichtigen Herkunftsländern wie der Türkei oder der Russischen Föderation unterschieden. Hinter dieser Differenzierung steht beispielsweise die Vermutung, dass ethnische Segregation und Integration nach dem Herkunftsland variieren (vgl. Bömermann 2011). Weiterhin wurden für die Analyse verschiedene europäische Herkunftsregionen sowie für die Teilgruppe der „Flüchtlinge“ in den Jahren 2015 bis 2017 wichtige Hauptherkunftsländer berücksichtigt (Abb. 3).

5 „Spätaussiedler sind im amtlichen Sprachgebrauch seit dem 1. Januar 1993 Menschen, die im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens als deutsche Volkszugehörige nach Deutschland übersiedelt sind. Vorher benannte man sie nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler. Der Begriff umfasst vor allem die Angehörigen von deutschen Minderheiten, deren Familien teilweise seit Generationen in Ostmitteleuropa, Osteuropa, Südosteuropa und teilweise in Asien gelebt haben und die seit 1990 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind“ (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2017). Der in diesem Beitrag verwendete Begriff (Spät-)Aussiedler/innen schließt beide Gruppen ein. „Mit dem Ausstellen der Bescheinigungen nach § 15 Abs. 1 oder 2 BVFG erwerben Spätaussiedler und ihre Angehörigen zugleich automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 StAG).“ (BAMF 2013: 27).

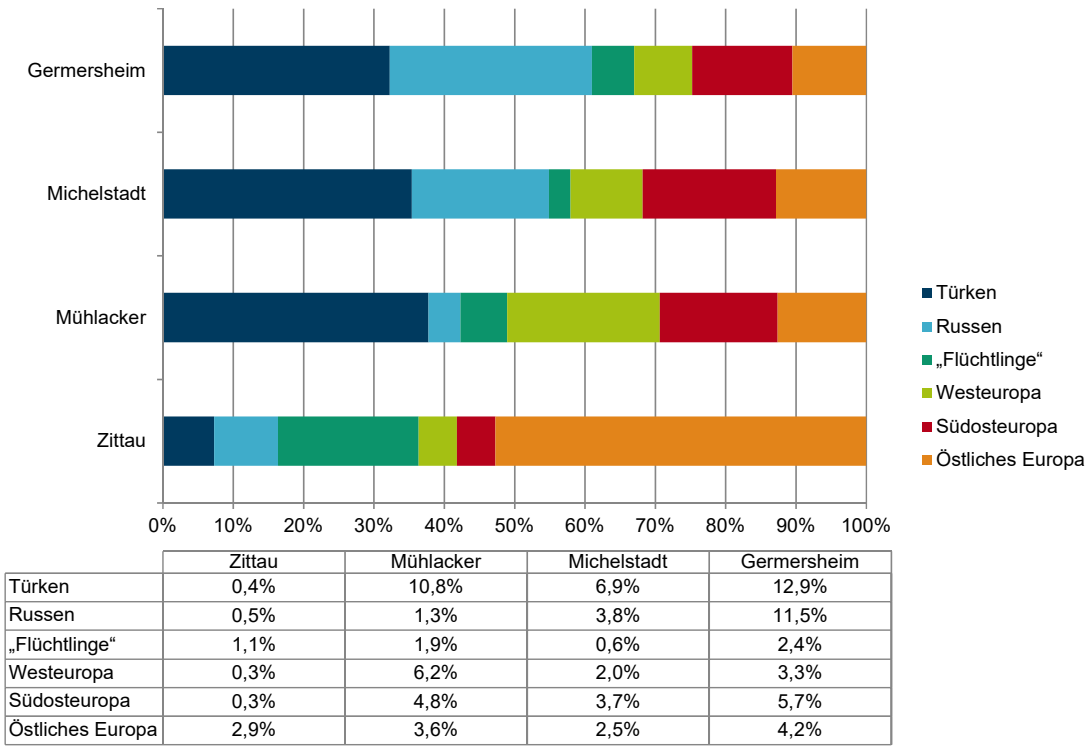


Abb.3: Einzelne Migrantengruppen⁶ in ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Vergleich /
Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Auch der nationalstaatliche Hintergrund der Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich in den einzelnen Projektkommunen erheblich voneinander. In den drei westdeutschen Städten machen Menschen mit türkischem nationalstaatlichem Hintergrund die größte Teilgruppe unter den Zugewanderten aus. Demgegenüber stellen in Zittau vor allem Personen aus dem östlichen Europa stärkere Anteile an der Wohnbevölkerung. Germersheim weist als Besonderheit einen vergleichsweise hohen Anteil an russischen Migranten/Migrantinnen (11,5%) auf. Seit einigen Jahren ist darüber hinaus eine steigende Zuwanderung aus östlichen und südöstlichen Ländern Europas zu verzeichnen. Es wird deutlich, dass Zuwanderung bzw. Migration in den Städten nicht einheitlich verläuft, sondern stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zuwanderungshistorie zusammenhängt.

6 Für die Darstellung der Migrantengruppen wurden verschiedene Nationalitäten zusammengefasst. Die Gruppe „Flüchtlinge“ ist ein Hilfskonstrukt, da der Flüchtlingsstatus in den Einwohnermeldedaten nicht erfasst ist. Sie umfasst Personen aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Iran, Nigeria, Somalia, Guinea, Pakistan im Zeitraum 2015–2017. „Westeuropa“ umfasst Personen aus Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich, Griechenland, Spanien, Dänemark, Portugal, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Österreich, Monaco, Irland. „Südosteuropa“ umfasst Personen aus Bulgarien, Rumänien, Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Serbien. „Östliches Europa“ umfasst Personen aus Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn.

Der Vergleich zwischen den Zensuserhebungen von 2011 und den ermittelten Daten des Einwohnermelderegisters für 2016 belegt anteilmäßige Verschiebungen der Zuwanderergruppen und ein wachsendes Gewicht von Menschen aus Rumänien, Bulgarien und Syrien. In allen Kommunen wurden in den letzten Jahren „Flüchtlinge“ aufgenommen. Personen aus der Arabischen Republik Syrien stellen z.B. in Zittau mit einem insgesamt geringen Anteil zugewanderter Bevölkerung eine der größten Migrantengruppen dar, während in Germersheim, der Projektkommune mit dem höchsten Anteil zugewanderter Bevölkerung, der Anteil von Personen syrischer Herkunft an den Zugewanderten nur einen geringen Prozentsatz ausmacht (Abb. 4).

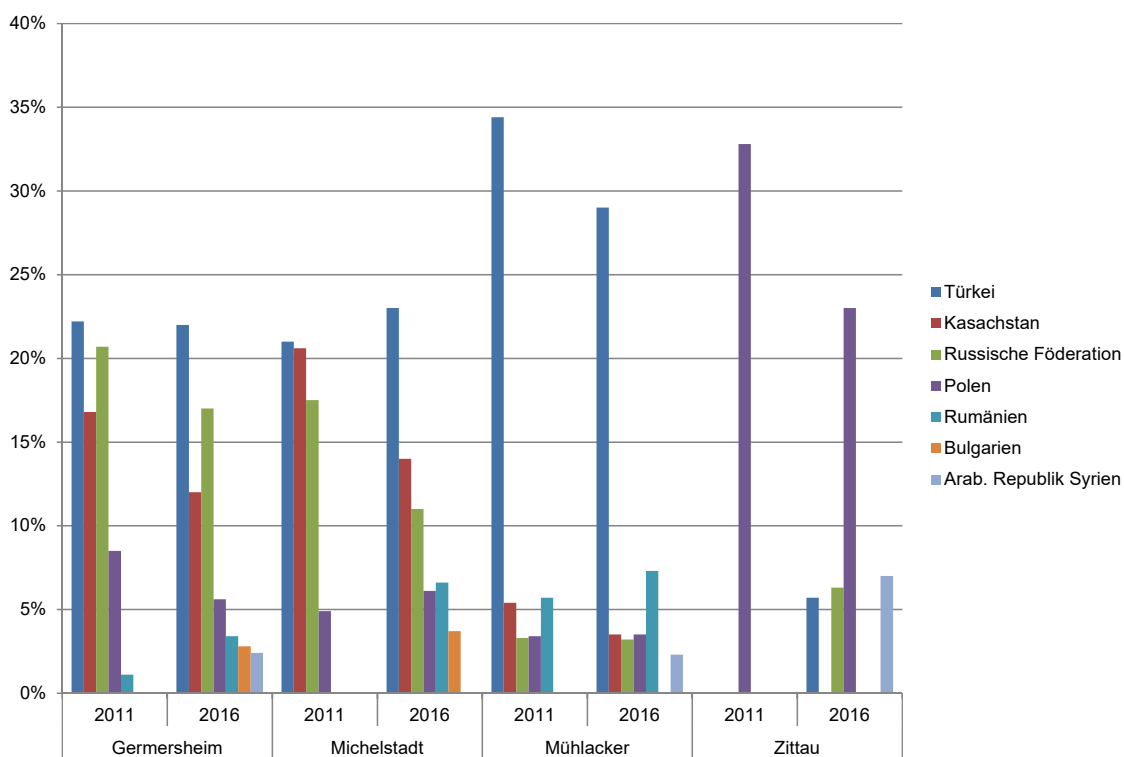


Abb. 4: Anteil der sieben häufigsten Zuwanderergruppen an allen Zuwanderern in den Projektkommunen im Vergleich 2011/2016 / Quelle: Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a

Auch wenn die Fluchtzuwanderung eine sehr unterschiedliche Bedeutung im lokalen Zuwanderungsgeschehen hat, so ist doch für alle betrachteten Städte gleichermaßen festzuhalten, dass die Fluchtzuwanderung den Blick auf Migration und Integration in den Städten verstärkt hat.

Altersstruktur der Bevölkerung

Die amtliche Statistik belegt, dass die Altersstruktur der zugewanderten Bevölkerung in der Regel jünger ist als die der einheimischen deutschen Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018). Dies zeigt sich auch in den vier untersuchten Städten.

Durchschnittsalter			
Kommunen	Personen mit Migrationshintergrund	Personen ohne Migrationshintergrund	Bevölkerung gesamt
Germersheim	34 Jahre	48 Jahre	40 Jahre
Michelstadt	34 Jahre	49 Jahre	44 Jahre
Mühlacker	34 Jahre	48 Jahre	43 Jahre
Zittau	29 Jahre	49 Jahre	48 Jahre

Tab. 3: Durchschnittsalter im Vergleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in den Kommunen / Quelle: Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d

Tabelle 3 zeigt nicht nur die deutlichen Unterschiede beim Durchschnittsalter zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die einen Abstand von 15 bis 20 Jahren zwischen diesen beiden Personengruppen belegen. Die Angaben machen auch deutlich, dass je größer die Zuwanderungsgruppe, umso niedriger ist das Durchschnittsalter der Stadtbevölkerung insgesamt. So hat Germersheim mit seinem hohen Anteil an Zuwanderern/Zuwanderinnen im Vergleich mit 40 Jahren das niedrigste Durchschnittsalter, während in Zittau das sehr junge Durchschnittsalter der zugewanderten Bevölkerung von 29 Jahren kaum Einfluss auf das Durchschnittsalter insgesamt hat. Der hohe Anteil Geflüchteter an der Gruppe der Migranten/Migrantinnen, die stark von jungen Männern zwischen 16 und 25 Jahren geprägt ist, begründet in Zittau das geringe Durchschnittsalter der zugewanderten Bevölkerung. Die Daten belegen, dass Zuwanderung einen nachweislich positiven Einfluss auf den demographischen Wandel und die Altersstruktur der Bevölkerung hat.

Der Altersstrukturaufbau der Kommunen variiert sehr stark (Abb. 5). So stellt aufgrund der allgemein hohen Zuwanderung in Germersheim die Gruppe der Zugewanderten in der Altersstufe zwischen 16 und 60 Jahren mit etwa 60% erwartbar die Mehrheit, der Anteil steigt bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre sogar auf knapp 80%. Germersheim wird in Zukunft zu einer fast reinen Zuwanderungsgesellschaft werden. Diese Entwicklung deutet sich in etwas abgeschwächter Form auch für Mühlacker an. Während Politik und Verwaltung in Germersheim die Entwicklung mit ihren Auswirkungen noch nicht in Gänze realisieren wollen und die eindeutigen statistischen Befunde bezweifeln, diskutiert die Stadt Mühlacker die Frage, was es bedeutet, zu einer „mehrheitlichen Minderheitengesellschaft“ zu werden und welche Folgen dies für die Entwicklung des Gemeinwesens und den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft hat, ohne dafür bereits Antworten gefunden zu haben.

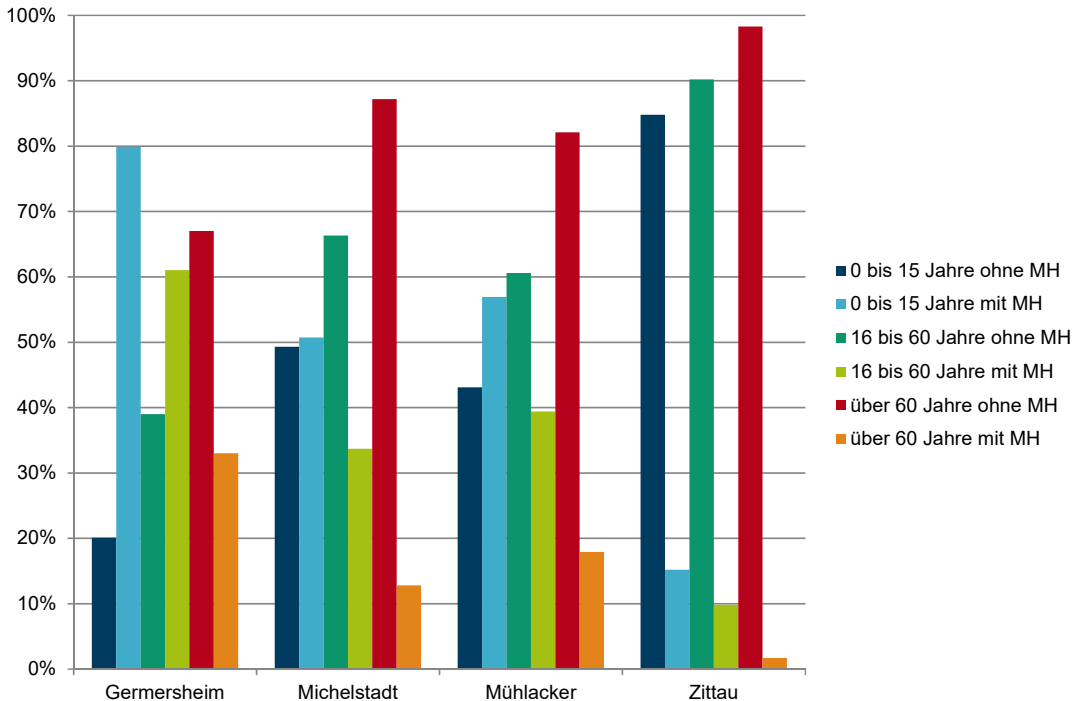


Abb. 5: Altersstruktur der Personen mit und ohne Migrationshintergrund (MH) in den Projektkommunen, Stichtag Erhebungen: 31.12.2016 / Quelle: Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; eigene Berechnungen

3.3 Sozialräumliche Verortung der Zuwanderergruppen

In der öffentlichen Debatte über gelingende oder nicht gelingende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird als eine Ursache oft deren räumliche Konzentration in sogenannten „Migrantenvierteln“ genannt. Argumentiert wird beispielsweise, das Wohnen in „Migrantenmilieus“ erschwere die Integration. Häußermann/Siebel (2007: 107) sprechen in diesem Zusammenhang von Kontexteffekten, die die räumliche Segregation haben könne. Deren bloße Existenz lasse allerdings noch keine Schlüsse auf ihre Effekte zu, denn diese könnten sowohl positiv als auch negativ sein. Positive Effekte für Neuzuwanderer/-zuwanderinnen werden vor allem in der Nähe zur eigenen Herkunftsgruppe gesehen. Sie bietet soziale Netzwerke und informelle Unterstützungsstrukturen für das Einleben in die neue Gesellschaft. Negative Wirkungen werden insbesondere mit dem Fehlen von Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft in Verbindung gebracht. Solche Kontakte erleichtern das Erlernen der Sprache und die soziale Mobilität. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob und wie häufig es solche „Migrantenviertel“ in deutschen Städten gibt.

Um dieser Frage für die vier hier näher betrachteten Kommunen nachzugehen, wurde die Verteilung einzelner Gruppen von Migranten/Migrantinnen auf die Stadtteile betrachtet. Als räumliche Einheiten wurden in der Regel die Wahlbezirke für die Analyse

genutzt. Der Auswertung in Zittau lag die Einteilung in Stadtbezirke zugrunde, die in ihrer sozialräumlichen Abgrenzung aber in etwa Wahlbezirken entsprechen. Die Daten sind also durchaus vergleichbar. Um zunächst der Frage nachzugehen, ob sich Zugewanderte in den Innenstädten konzentrieren, wurden die räumlichen Einheiten zu Kernstadt, Innenstadt⁷ und Ortsteilen zusammengefasst. So ist zunächst festzustellen, dass es eine Konzentration von Zugewanderten in den Kernstädten gibt, in den eingemeindeten Ortsteilen sind sie weniger präsent. Dies verdeutlicht beispielhaft die Übersichtskarte für die Stadt Mühlacker (Abb. 6).

Legende

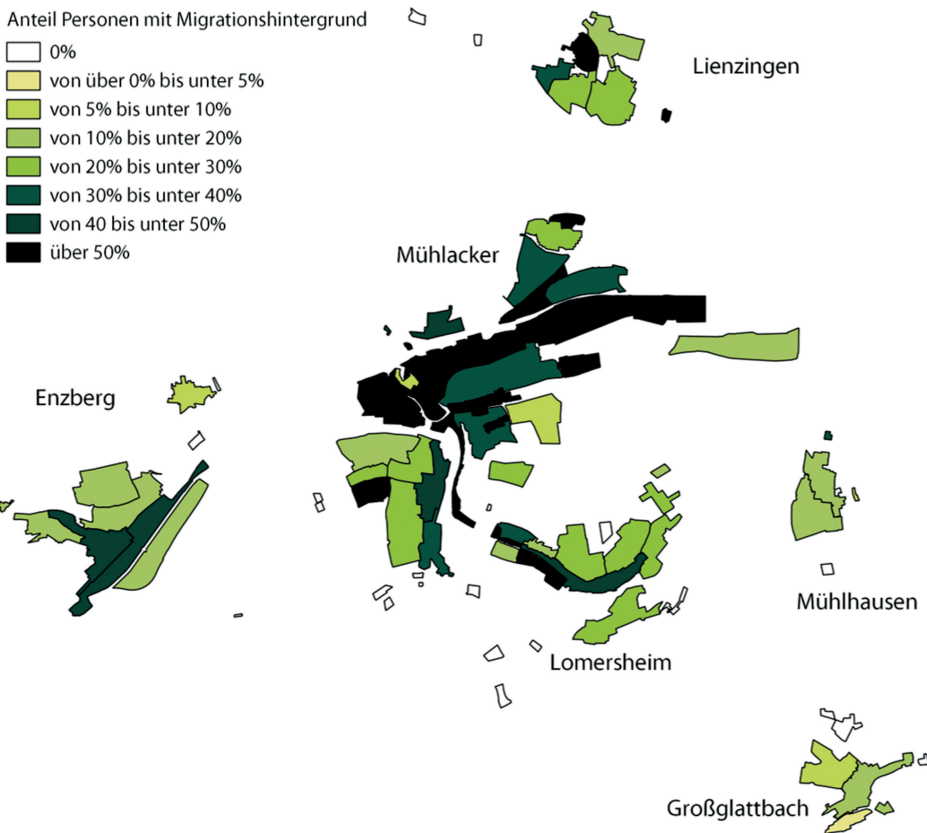


Abb. 6: Verteilung der Zuwanderergruppen in der Stadt Mühlacker / Quelle: Demographie Kommunal 2017c

7 Die räumliche Abgrenzung der Innenstädte erfolgte dabei anhand der Raumbezugseinheiten der vorliegenden Einwohnermeldedaten und der Angaben der Kommunen zur Abgrenzung der Innenstädte.

Die Daten (Tab. 4) bilden aber auch ab, dass gerade in den Innenstädten jeweils relativ hohe Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund vorzufinden sind. In Germersheim sind allerdings vergleichbar hohe Anteile an Zugewanderten auch in anderen Stadtteilen zu finden. In den Innenstädten ist die Gruppe der Ausländer/Ausländerinnen jeweils besonders stark konzentriert. Vor allem in Germersheim macht sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Innenstadt aus. In Mühlacker trifft dies für annähernd die Hälfte der Bewohnerschaft zu. Migranten/Migrantinnen mit deutscher Staatsbürgerschaft lassen sich demgegenüber vor allem in den westdeutschen Städten tendenziell eher in Wohngebieten außerhalb der Innenstädte nieder. Neubaumietwohnungsbestände sind dabei bevorzugte Wohnadressen der Zugewanderten.

Die vorliegenden Befunde bestätigen Ergebnisse aus Vorgängerstudien, die eine Konzentration von Zugewanderten in den Innenstadtbereichen von Klein- und Mittelstädten belegen (vgl. Schader-Stiftung 2011: 156).

Kommunen	Anteil Bevölkerung mit MH*	Anteil mit MH* Innenstadt	Ausländer Innenstadt	Deutsche mit MH* Innenstadt	Deutsche ohne MH* Innenstadt
Prozent					
Germersheim	58,1	63,2	57,1	6,1	36,8
Michelstadt	30,0	29,0	24,4	4,6	71,0
Mühlacker	36,6	57,5	49,2	8,2	42,5
Zittau	7,6	17,5	15,9	1,6	82,5

* MH = Migrationshintergrund

Tab. 4: Verteilung von Zugewanderten in der Innenstadt / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Um die Frage der sozialräumlichen Konzentration zu vertiefen, wurde in den Projektkommunen getrennt nach Herkunftsländern (Türkei, Russische Föderation), den wichtigen Hauptherkunftsländern von „Flüchtlingen“ sowie nach mehreren europäischen Herkunftsregionen der räumliche Segregationsindex (SI) berechnet. Dieser Indikator zeigt, in welchem Ausmaß Personen verschiedener Bevölkerungsgruppen räumlich konzentriert in bestimmten politisch-administrativen Raumeinheiten (in Städten, Stadtteilen, usw.) leben. Der Segregationsindex gibt also einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Räumliche Segregation kann als ein Indikator der gesellschaftlichen Integration dienen. Mit Blick auf die hier untersuchten Städte ist allerdings hervorzuheben, dass nur die Herkunft und nicht die soziale Situation oder Lage betrachtet werden konnte. Es kann also mit diesen Ergebnissen nicht auf soziale Benachteiligungen oder Probleme geschlossen werden.

Berechnet wurde der Segregationsindex auf Grundlage der räumlichen Einteilung von Wahl- oder Stadtbezirken (Tab. 5).

		Migrantengruppen ²						
Stadt:		Insgesamt ³	Türkei	Russische Föderation	„Flüchtlinge“ ^{4,2}	West-europa ²	Südost-europa ²	Ost-europa ²
Germersheim	SI	23,1	27,1	18,8	28,6	24,1	30,8	16,5
Michelstadt	SI	26,9	31,3	28,7	26,4	16,1	26,5	13,4
Mühlacker	SI	25,0	26,3	24,7	38,4	17,3	16,8	13,7
Zittau ⁴	SI	25,5	38,1	30,6	30,0	19,8	26,3	19,3

- 1 Der Segregationsindex (SI) misst die ungleiche räumliche Verteilung von Bevölkerungsmerkmalen und drückt diese in einer Zahl für die Gesamtstadt aus. Er gibt somit einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Er nimmt Werte von 0 bis 100 an, wobei 0 einer völlig gleichmäßigen Verteilung der Teilgruppe über alle Teilräume entspricht. Eine Gruppe hätte in diesem Fall in allen Teilgebieten denselben Anteil an der Gesamtbevölkerung. Konkret entspricht der Segregationsindex dem prozentualen Anteil der Teilgruppe, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung in der Gesamtbevölkerung zu erreichen.
- 2 Einteilung der Einzelgruppen erfolgt anhand der Merkmale „erste Staatsangehörigkeit“ und „Geburtsland“. Zur Zusammensetzung der hier gebildeten Migrantengruppen siehe Fußnote 4 oben.
- 3 Umfasst alle Personen mit Migrationshintergrund (siehe Definition der vier Migrantengruppen).
- 4 Berechnet nach Stadtvierteln.

Tab. 5: Segregation¹ von Personen mit Migrationshintergrund (nur Personen mit Hauptwohnsitz) nach Wahlbezirken / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Tabelle 5 zeigt für einzelne Projektkommunen das Ausmaß ethnischer Segregation, das heißt die ungleiche Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet. Die räumliche Segregation von Personen mit Migrationshintergrund weist auf gesamtstädtischer Ebene vergleichbare Werte für die Städte auf. Ein Vergleich der Tabellen 2 und 5 weist darauf hin, dass die Segregation und die Höhe des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund weitgehend voneinander unabhängig sind. Es scheint also keinen festen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit und der räumlichen Konzentration dieses Merkmals im Stadtgebiet der Projektkommunen zu geben. Die Verteilung in Germersheim, Michelstadt und Mühlacker zeigt: Die Städte haben zwar relativ hohe Anteile an Zugewanderten, aber bezogen auf die Gesamtheit der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund zeigt sich eine weitgehend gleichmäßige räumliche Verteilung im Stadtgebiet.

Bei Betrachtung einzelner ethnischer Gruppen finden sich jedoch Unterschiede. So leben beispielsweise türkische Zuwander/innen oft stärker segregiert als die Gesamtheit aller Migranten/Migrantinnen und präferieren häufig die Innenstadt als Wohnstandort. Gleiches gilt für Zittau hinsichtlich des hohen Anteils an Migranten/Migrantinnen aus der Russischen Föderation und aus Osteuropa. Zugewanderte aus westeuropäischen Herkunftsregionen zeigen für die meisten Projektkommunen hingegen einen vergleichsweise niedrigen Segregationswert, sowohl im Vergleich mit allen Migranten/Migrantinnen als auch im Vergleich mit den anderen Gruppen mit spezifischem Migrationshintergrund. Etwas überraschend ist der niedrige Segregationswert für die Bevölkerung russischer Herkunft in Germersheim. Denn hier sind im lokalen Sprachgebrauch einige Stadtgebiete weiterhin mit dem Stigma „Russenviertel“ belegt, obwohl diese in der Realität augenscheinlich so nicht mehr existieren. Laut Auskunft des städtischen Integrationsbeauftragten haben sich die Bewohner/innen russischer Herkunft zwar anfänglich in bestimmten Neubaugebieten konzentriert. Doch mit der zunehmenden Bildung von Wohneigentum hat sich diese Gruppe über das Stadtgebiet verteilt, was sich in den Daten widerspiegelt.

Vergleichsweise hohe Segregationswerte zeichnen sich in Mühlacker und Zittau für Personen aus den Hauptherkunftsländern für „Flüchtlinge“ ab. Auffällig ist, dass der Anteil von Zugewanderten aus der Arabischen Republik Syrien in den Innenstädten von Mühlacker, Germersheim und Zittau deutlich höher liegt als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Demographie Kommunal 2017a; 2017c; 2017d). Aus den qualitativen Erhebungen wissen wir, dass Geflüchtete in diesen Städten überproportional in Einzelwohnungen und kleinen Gemeinschaftsunterkünften in der Innenstadt untergebracht wurden. Die meisten Städte haben dabei bewusst auf eine „dezentrale Unterbringung“⁸ in Wohnungen gesetzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Geflüchteten zu erhöhen und damit den Integrationsprozess zu fördern.

Im Vergleich wird weiterhin deutlich, dass in den drei westdeutschen Kommunen Stadträume mit einem besonders hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorzufinden sind. In Mühlacker, Germersheim und Michelstadt liegt in einigen Wahlbezirken der maximale Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei über 50%. Auch in einzelnen Ortsteilen sind erhöhte Anteile von Zugewanderten festzustellen: In Mühlacker sind dies die Ortsteile Enzberg und Lienzingen, in Michelstadt der Ortsteil Rehbach.

Die Studie der Schader-Stiftung hat bereits gezeigt, dass es Segregationstendenzen auch in kleineren Städten gibt. Doch diese sind eher kleinräumig auf Wohnblock- oder Straßenzugesebene zu finden, sodass strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Wohnens weniger wirksam werden. Gleichwohl können einzelne Quartiere einer Stigmatisierung als „Armenviertel“ oder „Ausländerghetto“ ausgesetzt sein (Schader-Stiftung 2011: 156 f.).

8 „Dezentrale Unterbringung“ wird als Begriff für die Unterbringung von Geflüchteten außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft oder größeren Aufnahmeeinrichtung in Wohnungen genutzt. Das können auch mehrere Wohnungen in einem Gebäude sein.

Die Herausbildung von „ethnischen Quartieren“, also Teilräumen mit hohem Anteil eines bestimmten ethnischen Hintergrunds in der Bevölkerung, ist in den untersuchten Städten eher selten. Ein Beispiel ist der bereits genannte Ortsteil Rehbach in Michelstadt, wo sich in einem neu ausgewiesenen Einfamilienhausgebiet vornehmlich (Spät-)Aussiedler/innen ansiedelten. Die Einwohnerschaft bildet heute jeweils zur Hälfte die deutsche und die russischstämmige Bevölkerung. Diese Entwicklung ist nicht konfliktfrei verlaufen und wird vor allem von der deutschen Bevölkerung mit Verunsicherung wahrgenommen und latent abgelehnt.

Bei der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund liegt der Maximalwert des entsprechenden Bevölkerungsanteils in Gernersheim bei 26,4%. Kein einziges Gebiet erreicht für diese Teilgruppe einen Bevölkerungsanteil von über 30%. Homogene ethnische Viertel, die von einer Herkunftsgruppe dominiert werden, sind in den Projektkommunen also nicht vorzufinden.

Diese Ergebnisse bestätigen die von Söhn/Schönwälder (2007) anhand der Auswertung kommunaler Statistiken aus 33 Großstädten und der Innerstädtischen Raumbewachung des BBSR vorgelegten Untersuchungsergebnisse. Demnach ist das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern/Ausländerinnen in gemischten Quartieren auch in Städten mit hohen Zuwandereranteilen für Deutschland typisch. In keiner der von ihnen betrachteten Gebietseinheiten stellte eine einzelne Nationalität mehr als 40% der Bevölkerung (vgl. ebd.: 81).

4 Blick auf Zuwanderung und das Zusammenleben

Wie wird die Vielfalt in den Projektkommunen wahrgenommen? In den Gesprächen und Diskussionen mit kommunal Verantwortlichen und integrationspolitischen Akteuren ist gesellschaftliche Vielfalt als Idee oder Vorstellung meist grundsätzlich positiv konnotiert. Sie wird mit gesellschaftlicher Dynamik, Lebendigkeit, Zukunftsfähigkeit und einem Mehrwert durch kulturellen Austausch verbunden. Gleichzeitig wird das reale Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Bevölkerung eher als ein Nebeneinander denn als Miteinander wahrgenommen und ist mit Unsicherheiten verbunden. Viele der Zugewanderten, vor allem die (Spät-)Aussiedler/innen, ziehen sich, so die oft gehörte Aussage, in die eigene Community zurück. Auch die starke Präsenz vor allem von Zugewanderten türkischer Herkunft in den Innenstädten von Mühlacker und Gernersheim wird eher ambivalent bewertet. Kritisiert werden beispielsweise die geringe Investitionsneigung nichtdeutscher Immobilienbesitzer in die Gebäudesubstanz und damit in Zusammenhang gebrachte Downgrading-Effekte in bestimmten Teilräumen der Innenstadt. Mit dem verstärkten Zuzug von Migranten/Migrantinnen und sei auch ein Ansehensverlust der Innenstadt als Einzelhandels- und Wohnstandort verbunden, sodass ihre Funktion als zentraler Begegnungsort der Stadtgesellschaft nicht ausreichend wahrgenommen werde (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a).

Zugleich werden die Segregationsprozesse nicht nur negativ bewertet: Mit dem Rückzug in die eigene Community sei eine Minderung der Konfliktfelder verbunden. Solange es sich um ein offenes Nebeneinander handele, getragen von gegenseitiger Akzep-

tanz, könne diese Entwicklung durchaus positiv gesehen werden, so die Meinung einiger Gesprächspartner/innen. Vielfalt bedeute Unterschiedlichkeit und lebe davon, dass die jeweils eigene Identität gewahrt bleibt.

Die Diskussionen um Vielfalt und Integration stehen in den Projektkommunen in einem engen Zusammenhang mit Beteiligung. In den Kommunen findet sich ein hohes ehrenamtliches Engagement in Sport-, Kultur- und Traditionsvereinen sowie -initiativen. Diese sind maßgebliche Träger von Teilhabe und Partizipation und fördern mit ihren Aktivitäten das Zusammenleben und die Integration in die städtische Gemeinschaft. Auch die Kirchen sind wesentliche Ankerpunkte und Impulsgeber für Aktivitäten zur Verbesserung der Integration. Wichtige soziale Netzwerkfunktionen übernehmen die Religionsgemeinschaften der Zugewanderten, die aus Sicht einiger Gesprächspartner/innen in den Kommunen aber noch zu wenig als Repräsentanten/Repräsentantinnen und Ansprechpartner/innen von Politik und Verwaltung wahrgenommen werden.

Hinsichtlich der Teilhabemöglichkeiten der Zugewanderten werden deutliche Handlungsbedarfe und Unsicherheiten formuliert. In einigen Kommunen wurde als Problem die geringe Zahl der Akteure im Themenfeld Integration genannt und dass diese dadurch stark belastet seien. Es stelle sich die Frage, wie mehr Aktive gewonnen, wie gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung aller Gruppen in der Stadt herbeigeführt und gefördert werden können. Im Zentrum müsse die Frage des „Miteinanders“ stehen, eine einseitige Ausrichtung der Aktivitäten auf bestimmte Zielgruppen könne Ressentiments verstärken und dem Anliegen einer verbesserten Integration entgegenstehen. Es müsse die ganze Stadtgesellschaft in den Blick genommen werden.

In diesem Zusammenhang wird das Fehlen von Begegnungsorten und Treffpunkten für alle Bevölkerungsgruppen in den beteiligten Städten insgesamt kritisch bewertet und deren Schaffung insbesondere in den innerstädtischen Bereichen als prioritär für den sozialen Zusammenhalt und bessere Teilhabechancen der unterschiedlichen Bewohnergruppen angesehen. Um den Mangel an Begegnungsorten auszugleichen, haben z.B. die Städte Germersheim und Michelstadt den Aufbau von Familienzentren beschlossen. Die Förderung von Begegnung und Dialog wird als ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Integration erachtet. Die Realisierung eines solchen Ziels erfordert jedoch nicht allein geeignete Räumlichkeiten. Begegnungen sind Prozesse, die durch verschiedene Menschen initiiert und begleitet werden müssen und einer konzeptionellen Grundlage bedürfen. Und hier fehlt es häufig an personellen Ressourcen, um solche Prozesse dann auch langfristig tragen zu können.

In den Projektkommunen hat sich Kommunalpolitik lange Zeit eher passiv verhalten und ist in der Regel erst dann integrationspolitisch aktiv geworden, wenn Probleme offenbar oder sichtbar wurden (vgl. auch Schader-Stiftung 2011: 84). So hat Germersheim in den 1990er Jahren nach wiederholten Auseinandersetzungen zwischen türkischen und russischen Jugendlichen mit einem Mediationsverfahren und dem Aufbau von Angebots- und Beratungsstrukturen auf die Konflikte reagiert. Die erhöhte Fluchtzuwanderung in den letzten Jahren war in vielen kleineren Städten Auslöser für den Erstaufbau von Strukturen der Integrationsarbeit, wie die Einsetzung eines oder

einer Integrationsbeauftragten, deren Funktion allerdings meist mit wenigen Ressourcen unteretzt ist. Obgleich zum Beispiel in Mühlacker Zuwanderung seit der Gastarbeitermigration eine große Rolle spielt, wurde erst 2014 die Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten eingerichtet. In Michelstadt entstand 2012 eine entsprechende Stelle, die 2017 als Stabsstelle Integration beim Bürgermeister mit eigenem Budget aufgewertet wurde. Zittau verfügt demgegenüber bis heute über keine integrationsbezogenen Strukturen innerhalb der Verwaltung.

In mehreren Projektkommunen wurde von den Akteuren deutlich auf die fehlende Repräsentanz von Zugewanderten in den kommunalpolitischen Vertretungen hingewiesen. Damit bestätigen sich Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt der Schader-Stiftung: „Die politischen Parteien zeigen bislang noch zu wenig Bereitschaft, Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen und sie für ein politisches Engagement in der Kommune zu motivieren. Entsprechende Initiativen würden zumeist vor Wahlen entfaltet; ihnen fehle es aber in der Regel an Nachhaltigkeit“ (Schader-Stiftung 2014: 117).

Allgemein ist in allen Kommunen die schlechte Erreichbarkeit der Zuwanderer/Zuwanderinnen und deren mangelnde Motivation für gemeinsame Aktivitäten ein großes Thema. Die Angebote für die zugewanderte Bevölkerung zur Teilhabe würden nicht immer angenommen, und es besteht Unsicherheit, mit welchen Methoden der Aktivierung und Einbindung dies gelingen kann. In diesem Zusammenhang kommen Fragen der interkulturellen Öffnung zum Tragen, die bei vielen Akteuren erst allmählich ins Blickfeld rückt und eine selbstkritische Bestandsaufnahme hinsichtlich der Zugangschancen unterschiedlicher kultureller und sozialer Gruppen intendiert. Nur Michelstadt hat das Thema „interkulturelle Öffnung“ ins Zentrum gerückt und u. a. 2018 Fortbildungen in interkultureller Kompetenz für alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung ermöglicht.

Eine strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik – auch mit Blick auf die künftige Entwicklung der Stadt – fehlt bislang weitgehend. Nur Germersheim verfügt seit 2015 über ein mit dem Landkreis gemeinsam erarbeitetes Integrationskonzept. Insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung ist der Mangel an Strukturen und Konzepten sichtbar geworden und hat dazu geführt, dass auch die kleineren Städte die Notwendigkeit einer strategischen Steuerung der Integration erkannt haben. So haben Mühlacker und Michelstadt mittlerweile die Entwicklung eines strategischen Handlungskonzeptes in Angriff genommen.

5 Fazit

Nicht nur die Migrationsforschung hat den Blick auf die Kleinstädte vernachlässigt, auch die Städte selbst haben die Zuwanderung wenig beachtet und daher deren Bedeutung für ihr Gemeinwesen nicht oder erst spät erkannt und die Veränderungen kaum steuernd begleitet.

Angesichts des demographischen und sozialen Wandels werden die Städte ihr Verhältnis zur zunehmenden Vielfalt der Stadtgesellschaft und zu deren Bedeutung für die Entwicklung ihres Gemeinwesens klären müssen. Mit Blick auf die Veränderungen ist zum einen eine stärkere kommunalpolitische Gestaltung bezogen auf Infrastruktur, die Ausstattung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Organisation von Begegnung und gegenseitigem Austausch gefragt. Zur nachhaltigen Sicherung der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und lokaler Politik sind zum anderen politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für Zugewanderte auszubauen. Dazu bedarf es niedrigschwelliger Zugänge in politische und gesellschaftliche Strukturen, wie Parteien und Vereine, am besten über direkte persönliche Ansprache und die Einbindung von Multiplikatoren als Brückenbauer. Zur Bewertung der lokalen Situation benötigen die Städte Grundlagendaten, u. a. zur Bevölkerungsstruktur sowie zu deren Entwicklung und der kleinräumigen Verteilung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Derartige Daten stehen in der Regel nicht zur Verfügung; der Mangel wird auch von der Kleinstadtforschung beklagt (ARL 2019: 6).

Mit den vorliegenden Ergebnissen der sozialräumlichen Verteilung der Zuwanderergruppen ist vor Ort stärker als bisher die Bedeutung des Sozialraums für Integrationsprozesse ins Bewusstsein gerückt. Eine sozialraumorientierte Integrationspolitik würde nicht nur einen Perspektivwechsel des Verwaltungshandelns auf raumbezogene soziale Prozesse bedeuten, sie würde auch eine engere Verzahnung und Kooperation der zuständigen Verwaltungsressorts für die Bereiche Soziales, Wohnen und Stadtentwicklung erfordern. Mit dem Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ des Difu konnten dafür in den teilnehmenden Kommunen Wege geöffnet und Impulse gesetzt werden (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a; 2018b).

Nicht zuletzt können die Kommunen die anstehenden Integrationsaufgaben nicht ohne die Unterstützung der Länder und der Landkreise vollziehen, insbesondere was die Gestaltung der Rahmenbedingungen und die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen angeht. Hier sind u. a. Landesprogramme⁹ gefragt, die den Kommunen finanzielle und organisatorische Hilfen für den Aufbau von Strukturen und eine strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik anbieten.

6 Weitergehender Forschungsbedarf

Die vier Kommunen stehen nur beispielhaft für kleinere Städte in Deutschland. Repräsentative oder verallgemeinerbare Aussagen sind nicht möglich. Aber in der vorliegenden Studie und den Arbeiten dazu wurden unterschiedliche Forschungsbedarfe ersichtlich.

⁹ Beispielhaft steht dafür das WIR-Programm des Landes Hessen (WIR steht für Wegweisende Integrationsansätze Realisieren). Mit dem Förderprogramm sollen die Integrations- und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden, insbesondere von neu Zugewanderten. Die Programmschwerpunkte liegen auf der interkulturellen Öffnung von Ämtern, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen sowie dem Ausbau der Willkommens- und Anerkennungskultur in den Städten und Landkreisen.

- 1 Der Sozialraum und die sozialräumliche Integration als kommunalpolitisches Handlungsfeld der Kleinstädte gewinnen an Bedeutung. Hier bedarf es jedoch weitergehender Untersuchungen, die mit einer größeren und die Bandbreite kleinerer Städte besser abbildenden Fallzahl Fragen der sozialräumlichen Integration, der Bedeutung der Stadt- und Ortsteile mit hoher Zuwanderung für die Gesamtstadt und ihrer jeweiligen Infrastrukturausstattung zur Gestaltung von Integrationsprozessen eingehender beleuchten.
- 2 Ein weiterer Aspekt ist die Datenlage. Wie dargestellt, fehlt den Kleinstädten zu- meist Grundlagenwissen über die zugewanderte Bevölkerung und ihre sozialräumliche Verortung. Untersuchungen könnten aufzeigen, wie z.B. die vorhandenen Einwohnermeldedaten mit geringen Ressourcen regelmäßig statistisch ausgewertet werden können, sodass ein Monitoring der Zuwanderungsbewegungen und der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht wird. Hier wäre auch zu prüfen, inwie- weit die Landkreise für die Kommunen regelmäßige Auswertungen erstellen kön- nen. Ergänzt werden könnten diese durch Auswertungen der Schul- und Bildungs- statistik, der Erwerbsbeteiligung sowie der Wohnungsmarktentwicklung, um genauere Angaben über die soziale Lage der Zugewanderten zu erhalten.
- 3 Ein dritter Aspekt zielt auf die Bedeutung der Kleinstädte als Zuwanderungsdesti- nationen in den ländlichen Räumen und ihre Rolle für die Entwicklung der länd- lichen Räume. Welche Infrastrukturangebote müssen in den Kleinstädten vor- handen sein, damit Integration in den ländlichen Räumen gelingen kann, welche besonderen Bindungsfaktoren übernehmen sie, wie kann die Kooperation zwis- chen den Städten und Gemeinden verbessert werden und wie kann die Mobilität individuell eher immobiler Bewohnergruppen und die Erreichbarkeit von Integra- tionsinfrastrukturangeboten gesichert werden?
- 4 Ein letzter Aspekt betrifft Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe und der Betei- ligung der zugewanderten Bevölkerung, insbesondere im Bereich der Kommunal- politik, in der Zuwanderer/Zuwanderinnen weitgehend nicht präsent sind. Wie kann politische Teilhabe der Zugewanderten in den Kleinstädten gestärkt und ihre Motivation zur gemeinsamen Gestaltung des städtischen Gemeinwesens erhöht werden? Hierzu wären Untersuchungen zu den Perspektiven der Zugewanderten auf lokale Politikprozesse wünschenswert, ebenso wie zu deren Selbstorganisation und Interessenvertretung (z.B. in Beiräten) sowie zu Rahmenbedingungen kom- munalpolitischen Handelns für Zugewanderte in Kleinstädten.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Nürnberg. = Forschungsbericht 20.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen. Nürnberg. = Forschungsbericht 36.

Bertelsmann Stiftung (o.J.): Wegweiser Kommune.

<http://www.wegweiser-kommune.de/statistik> (24.04.2020).

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung** (o. J.): Laufende Raumb Beobachtung – Raumb abgrenzungen. Raumtypen 2010.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumb abgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html (21.01.2021)
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (Hrsg.) (2010): Migration/ Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration. Bonn. = BMVBS-Online-Publikation Nr. 08/2010.
- Börmann, H.** (2011): Leben Berliner mit Migrationshintergrund segregiert? In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3, 54-73.
- Boos-Krüger, A.** (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums. Annäherung an ein neues Forschungsprojekt. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 407-444.
- Demographie Kommunal** (2017a): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Gernersheim (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
- Demographie Kommunal** (2017b): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Michelstadt (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
- Demographie Kommunal** (2017c): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Großen Kreisstadt Mühlacker (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
- Demographie Kommunal** (2017d): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Zittau (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik** (2016): Forschungs-Praxis-Projekt: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Erster Zwischenbericht. Berlin.
- empirica** (2015): Familien aufs Land – Teil 2. empirica paper Nr. 230.
<https://www.empirica-institut.de/kufa/emp230rbhs.pdf> (16.09.2020).
- GdW – Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V.** (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei wissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern. Berlin. = GdW Schriftenreihe 48.
- Häußermann, H.; Siebel, W.** (2007): Integration trotz Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt, 92-119.
- Kirchhoff, G.; Landua, D.; Reimann, B.** (2019): Zusammenhalt braucht Räume. Unterbringung und Wohnsituation von Neuzugewanderten und Geflüchteten. Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Berlin.
- Landua, D.; Kirchhoff, G.** (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten. Erkenntnisse aus den Projektkommunen. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch.: Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis. Berlin.
- Leibert, T.** (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208.
 = Forschungsberichte der ARL 16.
- Milbert, A.; Fina, S.** (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
- Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch.** (2018a): „Stadt und Integration gestalten“ – Die Projektkommunen. Fallstudienbericht des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Berlin.
- Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch.** (2018b): Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis. Berlin.
- Robert Bosch Stiftung** (o. J.): Land.Zuhause.Zukunft.
<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/landzuhausezukunft> (24.04.2020).
- Schader-Stiftung** (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt.
- Schader-Stiftung** (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Räumen. Ein Handbuch für Kommunen. Darmstadt.

Söhn, J.; Schönwälder, K. (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt, 73-91.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Bevölkerung mit Migrationshintergrund. – Ergebnisse des Mikrozensus 2010 – hochgerechnet auf Basis des Zensus 2011. o.O. = Sonderausgabe der Fachserie 1 Reihe 2.2, Ausgabe 2010.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018. o.O. = Fachserie 1 Reihe 2.2.

Thünen-Institut für Ländliche Räume (2018): Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen.

www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de (16.12.2020).

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (2007): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt.

Autorin

Gudrun Kirchhoff ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet seit 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migration, Integration und Stadtentwicklung. Sie koordinierte verschiedene Forschungsprojekte, die die sozialräumliche Integration von Zugewanderten und die Qualifizierung kommunaler Integrationspolitik insbesondere in den Kommunen des ländlichen Raums zum Thema hatten.